

Förderantrag Modernisierung von Wohnraum für Auszubildende und Studierende

Bewilligungsbehörde

Antragstellende Personen/antragstellendes Unternehmen
Name, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse

Bevollmächtigte Person/Firma
Name, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse

Förderobjekt
(Projektbezeichnung und Adresse)

Datum der Antragstellung

Aktenzeichen Bewilligungsbehörde

Eingangsstempel Gemeinde

Eingangsstempel Bewilligungsbehörde

Gebäudeübergreifende Angaben

Zweckbindung	25 Jahre	30 Jahre
Anzahl der Tiefgaragenstellplätze	_____	
Anzahl der Garagenstellplätze	_____	
Anzahl der oberirdischen Stellplätze	_____	
Maßnahmen zur Quartiersentwicklung werden durchgeführt – Projektname:	_____	
Angestrebter energetischer Standard	EH 100	EH 85
	EH 70	EH 55
Beantragung des zusätzlichen Tilgungs- nachlasses für ökologisches Dämmen	ja	nein

Vorhandene Werte und Verbindlichkeiten

Darlehensrestschuld (zum Zeitpunkt der Antragstellung)	_____
Wert der vorhandenen Gebäudesubstanz	_____
Wert des vorhandenen Baugrundstücks	_____

Gebäudeaufstellung

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

Objektausgestaltung

Kategorie	Gesamtes Objekt	Zur Förderung vorgesehen
Anzahl der Wohnplätze für eine Person für Auszubildende	_____	_____
Anzahl der Wohnplätze für eine Person für Studierende	_____	_____
Anzahl der Wohngemeinschaften mit Wohnplätzen	_____	_____
Anzahl der Wohnplätze in Wohngemeinschaften für Auszubildende	_____	_____
Anzahl der Wohnplätze in Wohngemeinschaften für Studierende	_____	_____
Gesamtwohnfläche der Wohnplätze für Auszubildende	_____ m ²	_____ m ²
Gesamtwohnfläche der Wohnplätze für Studierende	_____ m ²	_____ m ²
Fläche der Gemeinschaftsräume	_____ m ²	_____ m ²

Baujahr der vorhandenen Gebäudesubstanz _____

Anzahl der Gewerbeeinheiten _____

Gesamtnutzfläche der Gewerbeeinheiten _____ m²

Höchstzulässige Miete je Wohnplatz

Bewilligungsmiete _____ €

Mietvertragliche Nebenleistungen

Zuschlag für Einbaumöbel _____ €

Zuschlag für Internetzugang _____ €

Zuschlag für weitere mietvertragliche Nebenleistungen _____ €

Energiebedarf, Treibhausgasminderung und Energiekosteneinsparung

Angaben analog Energieausweis (Teil 5 GEG)	Vor Modernisierung	Nach Modernisierung
Energieträger für die Wärmeaufbereitung ¹	_____	_____
Energieträger für die Warmwasser- aufbereitung	_____	_____
Jährlicher Energiebedarf der Gebäude- nutzfläche (kWh pro m ²)	_____	_____
Jährlicher Primärenergiebedarf der Gebäudenutzfläche (kWh pro m ²)	_____	_____
Errechnete jährliche Treibhausgasminderung für das Gebäude in t CO ₂ -eq gemäß DIN V 18599-1:2018-09	_____	_____

Geplante Maßnahmen

Nachhaltige Erhöhung des Gebrauchswertes der Wohnplätze	ja	nein
Reduzierung von Barrieren	ja	nein
Erhöhung der Energieeffizienz	ja	nein
Verbesserung des Wohnumfeldes	ja	nein

Grundbuchangaben und Vorlasten

Das Förderobjekt ist eingetragen im

Grundbuch	Wohnungsgrundbuch
Teileigentumsgrundbuch	Erbbaugrundbuch
Wohnungserbbaugrundbuch	Teileigentumserbbaugrundbuch
Restlaufzeit Erbbaurecht beträgt	_____ Jahre

_____ Amtsgerecht _____ Ort Grundbuch

_____ Gemarkung _____ Blatt

_____ Flur(e) _____ Flurstück(e)

¹ Energieträger: Heizöl, Erdgas, Flüssiggas, Steinkohle, Braunkohle, Biogas, Bioöl, Holz, Strom netzbezogen, Strom gebäude-
nah erzeugt aus PV/Wind, Verdrängungsstrommix für KWK, Geo-/Solarthermie, Erd-/Umgebungskälte, Abwärme, Wärme
aus KWK gebäudenah, Siedlungsabfälle, Nah-/Fernwärme mit KWK-Anteil $\geq 70\%$, Nah-/Fernwärme aus Heizwerken.

Es wird eine neue Flurstückenteilung
vorgenommen

Flurstück(e) neu

Grundstücksgröße _____ m²

Baulasten zu Gunsten oder Lasten des Förderobjekts sind vorhanden:

Altlasten laut Verzeichnis Altstandorte und Altablagerungen sind vorhanden:

Vorränge Abteilung II

Kosten und Finanzierungen

Kosten der geplanten Maßnahmen inklusive förderfähiger Nebenkosten²

Kosten förderfähiger Maßnahmen _____

Kosten für sonstige Instandsetzungsmaßnahmen _____

Summe Kosten der förderfähigen Maßnahmen _____

Kosten nicht förderfähiger Maßnahmen _____

(Maßnahmen bitte kurz erläutern)

Gesamtkosten _____

Ermittlung Förderdarlehen

Höhe der Förderung – Ermittlung der Darlehenshöchstgrenze

Maximaler Betrag von 110.000 € pro Wohnplatz × $\frac{\text{Anzahl der Wohnplätze}}{\text{Anzahl der Wohnplätze}}$ = _____

Förderdarlehensbetrag (Minstdarlehenbetrag 5.000 €) _____

Hinweis: Der Darlehensbetrag ist gegebenenfalls um andere Finanzierungsmittel, weitere Förderungen oder Eigenleistung, die zur Finanzierung der förderfähigen Kosten verwendet wird, zu kürzen.

² Förderfähige Nebenkosten können zum Beispiel sein: Gebühren der Bewilligungsbehörde, Kosten Bonitätsauskunft, Kosten Grundbuchauszug, Kosten Grundbucheintragung, Gerichts- und Notargebühren, Kosten der Architekten- und Ingenieurleistungen, Kosten für Porto, Fotokopien, Lagepläne etc.

Finanzierungsmittel für die Gesamtkosten

Fremdmittel

a) Darlehen der _____

Zinssatz ____% Auszahlung ____% Tilgung ____% _____

b) Darlehen der _____

Zinssatz ____% Auszahlung ____% Tilgung ____% _____

Förderdarlehen der NRW.BANK

Zinssatz 0,0% für 5 Jahre, danach 0,5%, Verwaltungs-
kostenbeitrag 0,5%, Auszahlung 100%, Tilgung 2% _____

Sonstiges Finanzierungsmittel/Weitere Förderungen

nachrangig/nicht gesichert/an anderen Objekten gesichert

Beschreibung: _____

Zinssatz ____% Auszahlung ____% Tilgung ____% _____

Eigenleistungen – sofern beabsichtigt

Eigene Geldmittel _____

Selbsthilfe _____

bezahlte Rechnungen _____

Weitere _____

Summe Finanzierungsmittel _____

Wirtschaftlichkeitsberechnung

Objektaufwand

Jährliche Erbbauzinsen	_____
Monatliche Bewirtschaftungskosten ³ für Wohnplätze (in € pro Wohnplatz)	_____
Monatliche Bewirtschaftungskosten ³ für Gewerbe (in € pro m ²)	_____
Monatliche Bewirtschaftungskosten ³ für Tiefgaragen- stellplätze (in € pro Stellplatz)	_____
Monatliche Bewirtschaftungskosten ³ für Garagen- stellplätze (in € pro Stellplatz)	_____
Monatliche Bewirtschaftungskosten ³ für oberirdische Stellplätze (in € pro Stellplatz)	_____
Sonstige Aufwände ⁴	_____
_____	_____

Objektertrag

Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag für geförderte Wohnplätze (in € pro Wohnplatz)	_____
Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag von freifinanzierten Wohnplätzen (in € pro Wohnplatz)	_____
Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag für Gewerbe (in € pro m ²)	_____
Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag für Tief- garagenstellplätze (in € pro Stellplatz)	_____
Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag für Garagenstellplätze (in € pro Stellplatz)	_____
Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag für oberirdische Stellplätze (in € pro Stellplatz)	_____
Sonstige Erträge ⁵	_____
_____	_____

³ Bewirtschaftungskosten ohne Abschreibung und Betriebskosten.

⁴ Beispielsweise laufende Leistungen der Restverbindlichkeiten oder Bewirtschaftungskosten bereits bestehender Wohn- oder Gewerbeflächen.

⁵ Beispielsweise Mieterträge aus Bestandsobjekten und weitere mietvertragliche Nebenleistungen.

Informationen und Erklärungen zu den Rechtsgrundlagen

Mir/Uns, der antragstellenden Person, ist bekannt:

1. dass Grundlage der Antragstellung und Förderzusage das Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW), die Förderrichtlinie öffentliches Wohnen im Land Nordrhein-Westfalen 2025 (FRL öff Wohnen NRW 2025) sowie die jeweils dort genannten weiteren Rechts- und Verwaltungsvorschriften sind,
2. dass die Förderzusage auf der Grundlage des gestellten Förderantrags und der oben genannten Rechtsgrundlagen Bestimmungen über die Einsatzart und Höhe der Fördermittel, die Dauer der Gewährung, Verzinsung und Tilgung der Fördermittel, die Einhaltung von Einkommensgrenzen und Wohnungsgrößen, die Rechtsfolgen eines Eigentumswechsels an dem geförderten Objekt, die Art und Dauer der Belegungsbindung sowie die Art, Höhe und Dauer der Mietbindungen enthalten wird,
3. dass unrichtige oder unvollständige Angaben im Förderantrag oder in den beizubringenden Unterlagen, ebenso wie ein Verstoß gegen Mitteilungs- oder Auskunftspflichten aus dem Förderantrag, die Rücknahme der Förderzusage beziehungsweise die Kündigung des Darlehensvertrags nach sich ziehen können und strafrechtlich verfolgt werden können.

Bei den Fördermitteln handelt es sich um Gelder des Landes NRW, die ursprünglich aus Steuermitteln finanziert wurden und über die NRW.BANK revolving zur Förderung des Wohnungsbaus eingesetzt werden; ferner um Finanzhilfen des Bundes.

Hinweise für die antragstellende Person

Ihre Hilfe und Mitwirkung ist erforderlich

Ihr Förderantrag soll möglichst schnell bearbeitet werden. Ihre Mitwirkung bei der Ermittlung von relevanten Sachverhalten sowie der Angabe von bekannten Tatsachen und Beweismitteln ist deshalb erforderlich und nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz (§ 26 VwVfG NRW) vorgesehen. Füllen Sie den Förderantrag bitte vollständig aus.

Schutz Ihrer Daten

Ihre persönlichen und antragsbezogenen Daten werden auf der Grundlage des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW) in Verbindung mit Artikel 6 der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) sowie § 26 des Verwaltungsverfahrensgesetzes NRW (VwVfG NRW) erhoben. Danach sollen die Beteiligten an einem Verwaltungsverfahren, also auch die antragstellenden oder beauftragten Personen, bei der Ermittlung des Sachverhalts mitwirken, insbesondere ihnen bekannte Tatsachen und Beweismittel angeben. Eine Bearbeitung des Förderantrags ist nur möglich, wenn dieser vollständig ausgefüllt ist.

Ich/Wir habe(n) zur Kenntnis genommen, dass die Datenschutzhinweise der NRW.BANK unter der Internetadresse www.nrwbank.de/dsh_wrf eingesehen werden können.

Darüber hinaus gestatte(n) ich/wir, dass die in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte bei Kreditinstituten, Wirtschaftsauskunfteien, anderen Bewilligungsbehörden, dem zuständigen Finanzamt sowie meinem/unserem Steuerberatungsbüro/Wirtschaftsprüfungsbüro oder Ähnlichem eingeholt werden. Ferner ist mir/uns bekannt, dass die NRW.BANK Einsicht in das elektronisch geführte Grundbuch nimmt.

Ich/Wir befreie(n) die NRW.BANK insoweit vom Bankgeheimnis.

Verpflichtungen und Erklärungen

Verpflichtungen

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns,

1. Durchführung der Maßnahme

die geförderte Maßnahme entsprechend den hierfür geltenden Rechtsvorschriften und Verwaltungsbestimmungen sowie den Bestimmungen und gegebenenfalls den Auflagen der nach diesem Förderantrag erteilten Förderzusage innerhalb von 24 Monaten nach Erteilung der Förderzusage durchzuführen. Die bewilligten Fördermittel werde(n) ich/wir ausschließlich für die im Förderantrag genannte Maßnahme verwenden.

2. Verwaltung der Wohnplätze

die öffentlich geförderten Wohnplätze entsprechend den maßgeblichen Rechtsvorschriften und Verwaltungsbestimmungen, insbesondere den Bestimmungen der Förderzusage zu verwalten, vor allem die öffentlich geförderten Wohnplätze nur solchen Personen zur Nutzung zu überlassen, die nach den geltenden Bestimmungen und der Förderzusage bezugsberechtigt sind.

3. Zweckbindung

die öffentlich geförderten Wohnplätze für die Dauer von wahlweise 25 oder 30 Jahren an Auszubildende oder Studierende zu überlassen. § 13 Absatz 1 WFNG NRW findet keine Anwendung. Auszubildende haben ihre Wohnberechtigung gegenüber der Förderempfängerin oder dem Förderempfänger oder der Trägerin oder dem Träger der Einrichtung durch eine Bescheinigung der Arbeitgeberin oder des Arbeitgebers, Studierende über eine Studienbescheinigung nachzuweisen. Die Förderempfängerin oder der Förderempfänger oder die Trägerin oder der Träger der Einrichtung hat eine Belegungsliste zu führen, der die jeweils aktuellen Bescheinigungen der Bewohnerinnen und Bewohner beizufügen sind.

4. Miete

für die Dauer der in der Förderzusage festgelegten Zweckbindung im Mietvertrag höchstens eine Miete zu vereinbaren, die die höchstzulässige Miete entsprechend der Förderzusage nicht übersteigt.

Hinweis zu den Punkten 3 und 4: Die gewählte Dauer der Zweckbindung bleibt im Fall einer vorzeitigen vollständigen Rückzahlung bestehen. § 23 Absätze 1 und 3 WFNG NRW bleibt unberührt.

5. Prüfung der persönlichen Voraussetzungen

der Bewilligungsbehörde und der NRW.BANK zur Prüfung der persönlichen Voraussetzungen gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummern 2, 3 und 5 WFNG NRW auf Verlangen Nachweise über meine/unsere Einkommens- und Vermögensverhältnisse vorzulegen.

Mir/Uns ist bekannt, dass bei einer Einschränkung, Ablehnung oder Rücknahme der Zustimmung zur Auskunftserteilung sowie bei nicht fristgerechter Vorlage der erforderlichen Unterlagen die Gewährung der beantragten Fördermittel gefährdet sein kann.

6. Verkauf

die Veräußerung von öffentlich geförderten Wohnplätzen während der Zweckbindung für den Zeitraum der Darlehensgewährung nicht ohne vorherige Zustimmung der NRW.BANK vorzunehmen. Näheres regelt der Darlehensvertrag.

7. Eigentumswechsel

im Fall des Eigentumswechsels meine(n)/unsere(n) Rechtsnachfolgerin/Rechtsnachfolger auf diese Verpflichtungen hinzuweisen.

Erklärungen

Ich/Wir erkläre(n), dass

1. mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde.⁶
2. die Angaben in diesem Förderantrag (einschließlich Antragsunterlagen) wahrheitsgemäß und vollständig sind.

⁶ Bauvorhaben, mit deren Ausführung bereits vor Erteilung der Förderzusage begonnen worden ist, dürfen grundsätzlich nicht öffentlich-gefördert werden, es sei denn, die Bewilligungsbehörde hat gemäß Nummer 1.4 FRL öff Wohnen NRW 2025 dem Vorhabenbeginn zugestimmt. Als Vorhabenbeginn gilt grundsätzlich der Bau- bzw. Maßnahmenbeginn.

Unterschriften

Mit der Unterschrift bestätige(n) ich/wir die Richtigkeit aller Angaben/Erklärungen dieses Förderantrags und bestimme(n) ausdrücklich die Adresse der ersten ausgewiesenen antragstellenden Person als Zustelladresse für Briefwechsel einschließlich Erteilung der Förderzusage.

Antragstellende Person 1

Name, Vorname

Geburtsdatum

Staatsangehörigkeit

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

Steuer-ID

Angaben zum beruflichen Status der antragstellenden Person⁷

Arbeiter/-in

Angestellte(r)

Beamtin/Beamter

Rentner/-in, Pensionär/-in

arbeitslos

Hausfrau/Hausmann

Schüler/-in

Studierende(r)

Auszubildende(r)

ohne Berufsangabe

wirtschaftlich selbstständig

Wirtschaftszweig/Branche

freiberuflich selbstständig

Wirtschaftszweig/Branche

Unterschrift

⁷ Bitte die Zusatzangaben zum Beruf ankreuzen, diese sind aufgrund § 18 BBankG – Kreditnehmerstatistik der Deutschen Bundesbank erforderlich.

Antragstellende Person 2

Name, Vorname

Geburtsdatum

Staatsangehörigkeit

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

Steuer-ID

Angaben zum beruflichen Status der antragstellenden Person⁸

Arbeiter/-in

Angestellte(r)

Beamtin/Beamter

Rentner/-in, Pensionär/-in

arbeitslos

Hausfrau/Hausmann

Schüler/-in

Studierende(r)

Auszubildende(r)

ohne Berufsangabe

wirtschaftlich selbstständig

Wirtschaftszweig/Branche

freiberuflich selbstständig

Wirtschaftszweig/Branche

Unterschrift

Für ein antragstellendes Unternehmen:

Mit der Unterschrift bestätige(n) ich/wir die Richtigkeit aller Angaben/Erklärungen dieses Förderantrags und bestimme(n) ausdrücklich die Adresse des ausgewiesenen antragstellenden Unternehmens als Zustelladresse für Briefwechsel einschließlich Erteilung der Förderzusage.

Steuernummer

Unterschrift

Firmenstempel

⁸ Bitte die Zusatzangaben zum Beruf ankreuzen, diese sind aufgrund § 18 BBankG – Kreditnehmerstatistik der Deutschen Bundesbank erforderlich.

Unterlagen

Diesem Förderantrag sind beigelegt oder werden nachgereicht:

1. Kostenvoranschläge oder qualifizierte Kostenaufstellungen für die vorgesehenen Maßnahmen einschließlich Nebenkosten,
2. gegebenenfalls die Vertretungsvollmacht für die bevollmächtigte Person,
3. die Nachweise für die im Finanzierungsplan ausgewiesenen Finanzierungsmittel – unverbindliche Zusagen sind ausreichend – und über das vorgesehene Eigenkapital,
4. gegebenenfalls eine Bankbestätigung über die vorhandene Darlehensrestschuld mit Angabe des ursprünglichen Nominalkapitals und der vereinbarten Konditionen (Zins- und Tilgungssatz in Prozent) nach neuestem Stand,
5. wenn vorhanden: Gutachten über den Verkehrswert des Förderobjekts,
6. ein aktuelles Grundbuchblatt,
7. gegebenenfalls der Nachweis der Selbsthilfe,
8. bei Erbbaurechten: eine vollständige Kopie des Erbbaurechtsvertrags.

Nur bei Maßnahmen, die zu einem überdurchschnittlichen energetischen Standard führen:

9. energiegutachterliche Bestätigung, dass die Anforderungen der Nummer 5.6.2 Satz 3 FRL öff Wohnen NRW 2025 erfüllt werden.

Nur bei Maßnahmen zur Wärmedämmung bei ausschließlicher Verwendung von ökologischen Dämmstoffen:

10. Nachweis, dass ausschließlich nicht mineralölbasierte Dämmstoffe eingesetzt wurden. Eine Perimeterdämmung im Keller- und Sockelbereich bleibt dabei unberücksichtigt.